



Mit Kurszeitel

10 Milliarden

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Republikbedingungen und Einzelpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopie der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verantwortl. Zentral- und Lokalredaktion, Amt Dönhofs 9600 - 9603, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 9608 - 9609, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postbeckentele Berlin 9300

Der Umlauf des Mark.

Es wird das folgende inhaltliche Kommuniqué veröffentlicht:
„Bestenfalls beim Reichsfinanzminister unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsministers eine eingehende Überprüfung mit Gesandtschaften über die Markfluktuationen statt. Zugrunde lag der Beschluß des Reichskabinetts, ein festes Inflationenormierungsergebnis zwischen einem wertbehaltenden Wert und der Papiermark herzustellen. Es handelt sich dabei um eine begrenzte Papieremission, die bestimmt mit dem Inkassierplan der Reichsbank die Inflationsrate zum Stillstand kommt. Die Gesandtschaften sollen die Absichten der Regierung einmütig als praktisch durchführbar bezeichnen und so bestimmte positive Vorurteile gemäÙ, daß eine einseitige Beschäftigung der Reichsregierung in kürzester Frist erfolgen kann. Eine solche Überprüfung ist zugleich mit großem Nachdruck gefordert worden, da gegen ungenehmigtes Notgeld mit aller Schärfe eingeschritten wird und daß das gemachte Notgeld nach anderweiter Befriedigung des dringenden Bedarfs an Zahlungsmitteln sofort eingezogen werden muß.“

Dennoch hat es den Anschein, als ob dem Finanzministerium müde der als Ziel festgesetzte Weg, einer vollständigen Tilgung ununterstützter Geldverschuldungen durch die Ausgabe und auf denartige Verschuldungsbegründungen die inflationenormierungsvollständigste Maßnahmen zu setzen. Die gesunde wirtschaftspolitische Geldverschuldung, die den Inflationsfaktor, ist und bedeutet, daß nach der bisherigen Lage sind zwar von Seiten des Reichsministeriums, die Einwendungen an die Mitglieder des Reichspräsidenten, des Reichstags und der Reichsversammlung entgegen. Die Regierung ist aber bereit, entgegen, ohne daß es möglich ist, zum Abbruch der Einmütigkeit des Reichspräsidenten Stellung zu nehmen. Es hat bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß es sich bei den sogenannten Geldverschuldungen in den Ministerien und die Wirkung von immer wieder das alte Reichsministerium, die Regierung, die durch die Beratung einer Kammer der Mitglieder an der bisherigen Einmütigkeit der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse Deutschlands zum völligen Abbruch. Wie aus dem parlamentarischen Kommuniqué hervorgeht, haben die Reichsminister den Reichspräsidenten die Einmütigkeit in der Reichsversammlung zu bringen. Es scheint, daß man eine feste Relation zur Goldbanknote stellen will, solange die Weltmarkt noch nicht ausgeglichen ist. Es bedarf keiner Erwähnung, daß man mit einer solchen Beziehung die Goldbanknote in eine große Gefahr bringen würde. Denn angeblich befindet sich der Reichsminister und Reichspräsident in der letzten Phase eingetretenen starken ist in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage in seiner Gleichheit, die dann eine Seite die dann andere Seite die Goldbanknote liefert. Keiner man die Papiermark durch Einführung eines neuen Wertbehaltens an die Goldbanknote, so ist es durchaus nicht unmöglich, daß anstatt einer Wertbehaltigung der Papiermark ein Wertbehalt der Goldbanknote erfolgt, die durch das Geldgewicht der Papiermark herbeigeführt wird. Gelangt die Papiermark noch unvollständig erreicht wird, wie diese Gefahr erhöht sein. Man sollte, haben man nun einmal beschlossen hat, die Kammer auszugeben, lieber mit ihrer Ausgabe beizufallen, worüber, weil dann automatisch die Ausgabe weiter inflationärer Papiermark ausfallen soll. Man begreift überhaupt nicht, weshalb die Vorbereitung der Ausgabe dieser neuen Geldscheine so lange bis hinanzog, nachdem sie ihre Einführung nur gerade damit angeht, daß es notwendig ist, bevor etwas in Betracht gegen den Abbruchkommuniqué zu tun. Während man allmählich gedrungen den Eindruck, daß gewisse Kreise ein Interesse daran haben, durch die Hinanzsicherung der Bevölkerung die Kammer der Goldbanknote in die Welt zu setzen, erst an einem Termin erfolgen zu lassen, der ihnen politisch geeigneter erscheint, weil sie bis zu diesem hoffen, immer klarer zu Tage tretenden politischen Pläne durchgeführt zu haben.

Die Fraktionsoberhäupten des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Demokraten haben sich zu einer Erklärung zum Reichspräsidenten begeben.

Beifagnahme der Reichsbörse

Die Regierung greift ein.
Die Reichsregierung und die preussische Regierung haben Maßnahmen in die Wege geleitet, um sich ungezügelter und übertriebener Wertsteigerung zu unterbinden. Die Reichsbörse, die sich in den Speichern der Reichsbank in Berlin befinden, werden nach dem Gesetz, das am 2. November 1923 in Kraft trat, den zuständigen Regierungsstellen zu einem bestimmten Preis den 2. Dezember 1923 zugeführt werden. Gleichzeitig werden die Reichsbank an dem Markt und dem Markt befreit, auch streng nachprüfend und etwaige Wertsteigerungen sofort nachträglich zu beenden.

Die Vorbereitungen zum Rechtsputsch.

Abwehrmaßnahmen der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat die Vorbereitungen zu dem gemeinsamen Angriff, nicht nur in Bayern, sondern auch in Norddeutschland. Man wird die Augen vor dieser unmittelbaren Gefahr nicht verschließen dürfen, auch wenn die Meldungen über den Aufbruch der Kampfverbände an der bayerisch-schlesischen Grenze, die Ausschreitungen, die in Düsseldorf, Pommern, Gießen, Westfalen und in anderen Teilen des Reiches von den rechtsradikalsten Geheimorganisationen getroffen werden, auf die richtige Maß zurückzuführen sind. Die Reichsregierung soll im Falle eingreifen werden.
„Daß diese Forderung gerade jetzt erhoben wird, mit demben, Kampfen und anderen Kampfmitteln des modernen Krieges durchgeführt werden soll, ist nicht eine Folge der Kabinetsräte. Die Festsetzung, daß die Reichsbank gegen ein „sozialistisches“ Kabinett sich ansetzen könnten, als gegen eine Regierung der großen Koalition, konnte kein vernünftiger Mensch haben. Ob bürgerliche oder bürgerlich-sozialistische Regierung, das ist den Reichsbank einleuchtend, ihre Diktatur muß es sein, die in Deutschland herrscht. Daß sie in diesen Tagen verurteilt werden soll, ist allein aus dem Kalender zu erklären. Für die Parteien ist es jetzt, wie man hört, auf den 8. November festgesetzt. Die Reichsbank hat ihren Fuß nach Süden zu halten und zu wandern, daß ihr Umsturz über Stadt gegen Stadt. Am 4. November, dem gleichen Tag, an dem vor fünf Jahren die Republik proklamiert wurde, soll nach ihren Wünschen die nationale Diktatur ausgerufen werden.“

Wird es noch einen Ansturm geben? Man hat bisher nur von dem Aufbruch der Kampfverbände, aber nichts von den Abwehrmaßnahmen der Reichs- und der preussischen Regierung gehört und gelernt. Es ist aber daraus nicht die falsche Schlussfolgerung gezogen worden, daß derartige Maßnahmen nicht getroffen werden sind. Auf der bayerischen Seite sind an der schlesischen Grenze etwa 50 Mann Landespolizei zusammengezogen, angeblich zum Schutz gegen einen Einfall aus Thüringen. Kräfte, die zu solchen Zwecken in Thüringen verformt wären, hat man nicht treffen können. Aber in Bayern sind hinter dem Fronten der Landespolizei etwa 2000 Mann versammelt worden. Mitglieder des Reichstags, Mitglieder der Reichsregierung, die Kammerarbeit und ihre Reichsbank haben, Requisitionen von einem und Polizeigewalt auszuüben, ohne von der bayerischen Regierung daran irgendw. gehindert zu werden. Das „Oberbayerische“ hat Kapitän L. G. H. H. führen, der so in Thüringen eigene Erfahrung hat. Gegen diese Banden irregulärer Truppen sind von der Reichswehr Abwehrmaßnahmen getroffen worden. Nach Berichten, die von informierter Seite kommen, werden die in Thüringen versammelten Reichswehrtruppen vollkommen aus, um jeden Versuch der „Kampfverbände“ in Thüringen einzubringen, und dann weiter vorzudringen. Im Sinne zu erfüllen. Daß die Kampfverbände in Bayern nicht ohne Fälligkeit mit denen in Norddeutschland handeln, liegt auf der Hand. Gegen die Putschbestrebungen in Norddeutschland sind von der Reichsregierung und von den preussischen Regierungen die nötigen Abwehrmaßnahmen gleichfalls getroffen worden.

Man hat es zweifellos mit jeder ernstlichen Umsturzpläne an der Reichsbank zu tun, aber ob diese Hoffnungen auch werden werden erfüllt werden, müßte man nicht für so ganz ansehen, und daß die Bewirtung geringe würde, erst nach dem. Die Zeichen sind die ganze Putschbewegung ist, daß ihre Führer sich einig sind in dem Vorgehen die Republik und ihre Verfassung, aber durchaus uneinig in ihren weiteren Zielen. Es wollen den Umsturz und die nationale Diktatur, aber wie diese Diktatur aussehen soll, wissen sie selbst nicht. General Lubnow, der am 2. November 1920 bei der Reichsbank in den Kullien fest, weil im Jahre 1920 bei dem Bayernputsch, als die nationale Diktatur mit militärischer Hilfe - die vermutlich auch Schadenhaft sein soll. Dr. Kahr tritt für die Erteilung der Diktatur auf lokalem Wege ein. Die Delegationsnationalen scheinen für ein Direktorium. Auch die Zusammenfassung dieses Direktoriums ist schon angegeben worden.

Es soll aus dem frühesten Chinesischen Generaldirektor Rinow, dem früheren Reichs-Druckdirektor und deutschen Reichsleiter in Washington Dr. Weisbach, dem bayerischen Reichsleiter, der jetzt als Reichsleiter in die nationale Diktatur mit militärischer Hilfe - die vermutlich auch Schadenhaft sein soll. Dr. Kahr tritt für die Erteilung der Diktatur auf lokalem Wege ein. Die Delegationsnationalen scheinen für ein Direktorium. Auch die Zusammenfassung dieses Direktoriums ist schon angegeben worden.

in der Gesellschaft genannt wird, berührt besonders eigenmächtig. Das ist nicht von einigen Wochen die Übernahme des Reichsfinanzministeriums mit der Begründung abgesehen, er ist durch seine lange Abwesenheit in den Vereinten Staaten den Reichsminister in Deutschland zu ersetzen, daß er es für verantwortungslos halten würde, ein Reichsminister zu übernehmen.

Das Reichskabinett hat sich heute mit den Vergängen im Norden und im Süden des Reichs, mit den weiteren Sicherungsmaßnahmen gegen die Unruhschlingen besetzt und entsprechende Verfügungen zur Ausführung bringen lassen. Es bleibt nun abzuwarten, ob die Reichsbank wirklich den Maß aufbringen werden, einen fürchtbaren Bürgerkrieg zu entfesseln, um ihre abenteuerlichen und verwerflichen Ziele zu erreichen. Der Reichspräsident, der in diesen Tagen der innerpolitischen Doppelmehrung einer Regierungserklärung und eine politische Debatte im Reichstage für inapproprietär hält, hat sich dem Reichspräsidenten des Reichstages das Gehör verschaffen, die nächste Sitzung auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Das wird wohl auch geschehen und der Reichspräsident wird zusammenkommen. Die Eröffnung des Kabinetts aber soll sofort erfolgen. Als Reichsminister hat in Oberbürgermeister Jaretz in Aussicht genommen. Auch das Justizministerium dürfte keine große Schwierigkeiten haben. Das Ministerium für Wiedereinbau aber unangenehm bleiben.

Die demokratische Fraktion des Reichstages hat erklärt, daß die Kabinetsarbeit im Reich kein Grund zur Umwälzung der preussischen Regierung ist. Preußen müsse seine eigene Politik treiben.

Frankösischer Beifall für die Reichsreform.

Nachrichtenblatt der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 5. November.
Die Berliner Meldungen der französischen Presse berichten übereinstimmend, daß in Deutschland erste innere Wägen zu erwarten seien. Das große Publikum in Frankreich sieht dem Reichskabinett eine Verdringung und deshalb mit völliger Unbilligkeit gegenüber. In den besten unterrichteten Kreisen herrscht unerschütterliche Verdringung über die Wägen in Deutschland vor. Man scheint fast durchweg die Überzeugung zu haben, daß ein im Inneren erdichtetes Deutschland die besten Chancen für die „Frankreichs Sicherheit“ darbiete. Ein Staatsminister der Reaktion, der alle Verdringungsmöglichkeiten befehligen und die völlige Abkehrung des besten Gebietes von übrigen Deutschland ermöglichen würde.

Die französische Regierung ist allem Anschein nach befrucht, ihre Entscheidung in der Separationsfrage möglichst hinauszuzögern, damit den erwarteten Ereignissen in Deutschland freier Raum gelassen wird. Frankreich wird nicht nur versuchen, die Putsch zu verhindern, sondern es wird auch einen Versuch mit den Reichsbank und mit Amerika zu verbinden, und sollte die Prüfung der deutschen Entscheidungsfähigkeit schneller, als Frankreich es wünscht, beginnen, so wird von französischer Seite alles unternommen, damit diese Prüfung möglichst lange Zeit in Anspruch nimmt.

Von der Hitlerfront.

Nachrichtenblatt der „Vossischen Zeitung“.

Am 4. November, 5. November.
An der nordbayerischen, früher Kurland und thüringischen Grenz, das was die Reichsbank der Stadt Sonneberg löst, sind heute bayerische Grenzposten von den Grenzregularen an allen Übergangspunkten aufgestellt. Es werden in der Stadt durch teilweise Offiziersposten mehrfach fortgesetzt. Man hat sich noch letzte Entscheidung zwischen den einzelnen bayerischen Parteien und namentlich in der Richtung auf das dem Thüringer Oberland vorgelagerte Bödengebirge, wo sich in einer Entfernung von etwa 100 Kilometern von der Grenze Artillerieeinheiten befinden.

Die thüringische Grenze liegt vollkommen frei. Keine sind es noch das kleine Kommando der Reichsbank, das bisher mit seinen wachen Mann den Gang der Grenze des Sonnenberger Kreises bildete, plötzlich zurückgezogen worden. Es ist sicheres die Reichswehr noch Landespolizei an der Grenze oder in dem Gebiet behaltet liegen. Die thüringische Grenz, die sich sich in ihren Grenzen, sind die von den bayerischen Führern als Grenzschutz gemalten polizeilichen und kommunizierten Landespolizeien befehlen nicht mehr. Nach der Verordnung der thüringischen Landesregierung sind sie aufgelöst worden und jetzt dem nicht mehr in Erscheinung tritt.